

Danziger Zeitung.

№ 18099

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rotherhagengasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegr. Nachrichten der Danziger Ztg.

Wien, 19. Jan. Die „Presse“ bezeichnet die Gerüchte von dem bevorstehenden Rücktritt des Finanzministers v. Bönninghausen und des Ackerbauministers Grafen Falkenhayn als durchaus erfunden. Ebenso unbegründet sei das Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritt des Statthalters von Böhmen, Grafen Thun-Hohenstein. Graf Thun werde berufen sein, die in den Konferenzen getroffenen Vereinbarungen im Rahmen seiner amtlichen Competenz in Böhmen durchzuführen.

Paris, 19. Januar. Die neue Künstlervereinigung, welche sich jüngst unter dem Vorstehe des Malers Meissonnier und unter dem Namen „Nationale Gesellschaft der schönen Künste“ gebildet hat, beschloß, allen französischen und auswärtigen Künstlern den Beitritt zu gestatten.

Paris, 19. Jan. Wie die „France“ erfährt, ist vor etwa 4 Tagen eine Karawane angegriffen worden, die von Djibouti bei Doh nach Harar bestimmt war.

Paris, 19. Januar. Mit Bezug auf den Austritt des Deputierten Marilieu aus dem boulangeristischen Comité meint der „Temps“, die Boulangeristen könnten fortan weder Royalisten noch Republikaner sein, sie müßten wegen Geldmangels aufhören zu existieren.

Das gestrige Protestmeeting der hier lebenden Portugiesen gegen England hatte bei der Anwesenheit Sorillas und des italienischen Agitators Cipriani einen entschiedenen republikanischen Charakter und wird deshalb mehrfach von den Blättern als eine Bedrohung der freundschaftlichen Beziehungen zu der portugiesischen Dynastie gelabelt. — Der „Temps“ veröffentlicht eine Note des argentinischen Ministers des Auswärtigen gegen die deutschen Schiffsagenten wegen schlechter Behandlung der Auswanderer an Bord der deutschen Dampfer.

Rom, 19. Jan. Der Kronprinz hat sich gestern Abend in Palermo an Bord der „Arabia“ eingeführt.

Zanzibar, 19. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Befinden Emin Paschas hat sich etwas gebessert. — Der britische Kreuzer „Conquest“ ist hier eingetroffen. Gegenwärtig befinden sich hier 14 englische Kriegsschiffe, welche mit Kohlen beladen werden. — Der Sultan hat der Regierung des Congo-Landes die Anwerbung von 1200 zanzibarischen Arbeitern gestattet.

Das Kabel zwischen Mombassa und Zanzibar ist nunmehr fertig und es wird die directe telegraphische Verbindung mit Europa heute eröffnet.

Politische Uebersicht.

Danzig, 20. Januar.

Ostafrikanische Zukunftspolitik.

Man schreibt uns aus Berliner colonialen Kreisen vom 18. Januar:

In Folge der Anregung des Professor Schweinfurth in einem Briefe an Dr. Arendt, die Pacification der in Ostafrika lebenden Araber betreffend, hat man sich in colonialen Kreisen in der Neuzeit lebhafter mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise dieser unseren politischen und Handelsinteressen dienliche Zustand herbeigeführt werden könnte. Es fanden sich von Anfang an zwei Parteien ziemlich scharf gegenüber; die eine, welche durch ein Eingehen auf die arabischen Forderungen eine zeitweilige Förderung allgemeiner Interessen im Auge hatte, die andere, welche in voller Betonung der Differenzpunkte zwischen der arabischen und christlichen resp. europäischen Welt ein möglichst energisches Vorgehen gegen den Islam, wie er sich in den Arabern Ostafrikas darstellt, für notwendig hielt. Daß eine Vermittelung zwischen den beiden Gegenseiten schwierig, wenn nicht unmöglich ist, so lange die Erbitterung zwischen den kriegführenden Parteien fortdauert, lehrt die heutige Sitzung der Abtheilung Berlin der deutschen Colonialgesellschaft. Herr Capitän Scholz, welcher im Dienste der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft den „Jülicher“, später im Dienste des Reichscommissars Major Wischmann die „Harmonie“ geführt hat, hielt am Schlusse eines längeren Vortrages, in welchem er seine Erlebnisse während des Aufstandes im Jahre 1888/89, besonders in dem Gefechte am 25. Januar 1889 bei Dar-es-Salam, schilderte, eine

Stadt-Theater.

Herr Mathowsky ließ dem Sigismund Calverons und dem Romeo Shakespeares gestern Karl Moor in den „Räubern“ folgen. Hatten die beiden ersten Rollen dem Gaste Gelegenheit geboten, neben seinen glänzenden Darstellungsmitteln die eminente Kraft in dem Ausdruck und der Entwicklung stürmischer Leidenschaften wirksam zu entfalten, so machten der Sturm und Drang, welche in der Schiller'schen Jugenddichtung stehen, nicht geringere Ansprüche an den Darsteller des Karl Moor. Und Hr. Mathowsky befähigte hier die Erwartungen durch, die man aus seinen vorausgegangenen Leistungen für diese Partie herleiten durfte. Wenn Karl wie durch sein Auserlesenes, so auch geistig seinen Kameraden weit überlegen erscheinen muß, so gelang dies Hr. Mathowsky vollkommen; in seinem Karl vereinigte sich glücklich Anmuth der Jugend mit markiger Männlichkeit. Und unauffallend, wie der seine Ufer übersteigende Strom, ergoß sich wiederum die Leidenschaft, welcher in wahrhaft erschütternder Beflügelung auch die Junge nie den Dienst versagt. Am zündendsten wirkte jene Explosion des Temperaments in der Scene am Thurm, als Karl den Räubern seinen Vater zeigt und dessen Schicksal berichtet. In Karl Moor geben sich aber nicht nur sein Drang, auf revolutionärem Wege die

Verföhnung mit dem arabischen Element für ausgeschlossen. Die Gelfenzug des unthätigen und nicht productiven Araberthums sei zu sehr mit dem Sklavenhandel und der Sklaverei verknüpft, als daß hier in absehbarer Zeit eine Aenderung zu erwarten sei. Einen ähnlichen Standpunkt vertritt Herr Bley, der frühere Chef der deutsch-ostafrikanischen Station von Usungula, welcher neben heftigen Anklagen gegen die arabischen Doppelzüngigkeit, vor der er warnte, für den alten Gedanken der Gesellschaft für deutsche Colonisation, die Cultur nach Ostafrika in voller Blüthe zu tragen, eine Parze brach. Der Standpunkt, welchen er verfocht, ist derjenige, welcher mit Außerachtlassung der Araber einen Stützpunkt in den Kreisen der einheimischen Bevölkerung sucht. Wie allgemein besonders durch die Berichte Wischmanns bekannt, sind in unserem Schutzgebiet eine Reihe kriegerischer und auch nach dortigen Begriffen geistig hochstehender Völkerstämme vorhanden, welche, wenn ihnen die Sicherheit des Handels verbürgt ist, sich gerne unter den Schutz des deutschen Reiches stellen würden. Diese Völkerstämme als einen Hebel gegen die Annahmen der arabischen, durch Jahrhunderte ausgeübten Herrschaft zu benutzen, wurde als ein erstrebenswerthes Ziel der deutschen Herrschaft hingestellt. Besonders würden sich, da man von den verkommenen Majaromo absehen müßte, einige Völkerstämme am unteren Rufidji, welche wesentlich für den Kriegsdienst gegen die Mafliti geeignet seien, für den Kriegsdienst im deutschen Lager eignen. Außerdem seien die Majuhuma, deren Karawanen direct von dem Heilmahuma nach Bagamoyo gekommen seien, ein sehr verwendbares kriegerisches Material und es sei zu empfehlen, daß man anstatt der theuren Zulus sich mit der Zeit auf dieses einheimische auch für die Plantagenarbeit durchaus verwendbare Menschenmaterial stützen möge.

Im allgemeinen fand die Idee des freundlichen Zusammengehens mit dem Araberthum, obwohl die von ihm bewiesene Tapferkeit laßt allgemein anerkannt wurde, noch keine Vertheilung (leider!). Der Schwerpunkt der Verhandlungen wurde und zwar mit Recht auf die wirtschaftliche Entwicklung des Gebietes verlegt. Daß dabei die selbstständigen Anschauungen zu Tage traten, kann weiter nicht Wunder nehmen. Ein Redner befürwortete sogar, daß man auf der stets eine größere Wichtigkeit einnehmenden Insel Zanzibar ein größeres deutsches Terrain erwerben solle, um von dort aus die Geschichte Ostafrikas zu lenken. Auf der anderen Seite wurde aber betont, daß es nothwendig wäre, nach dem Festlande mit Uebergehung der Insel Zanzibar zu überfiebern. Als besonders günstig für eine solche Anlage wurde vor allem Tanga erwähnt, welches nach seiner klimatischen Eigenthümlichkeit bereits in den offiziellen Berichten gewürdigt worden ist. Tanga besitzt neben einem äußerst günstigen Hafen, der das Anlaufen der größten Schiffe ermöglicht, ein sehr entwickelungsfähiges und menschenreiches Hinterland, so daß die Bestrebungen der Colonialfreunde sich neuerdings mit Vorliebe diesem Hafen zugewendet haben. Wenn Dar-es-Salam in Folge seiner tiefen Lage ungesund, Bagamoyo wegen der zur Monatszeit gefährlichen Rhebe als Hafenplatz erst in zweiter Linie genannt werden können, so bietet Tanga diejenigen Vorzüge, welche für eine Colonisation in erster Linie in Frage kommen. Interessant war der Zusammenhang, welcher zwischen den Existenzbedingungen des Europäers und des Kamezes mit Bezug auf Europa entdeckt wurden. Denn es wurde der Satz aufgestellt, daß dort, wo das Kameel fortkommt, auch der Europäer sein Dasein führen könne.

Im allgemeinen hat diese Versammlung uns der Lösung der Frage, unter welchen Bedingungen der Europäer mit dem Araber pacieren kann, nicht näher gebracht, da immer noch das rückwirkende Gefühl erbitterter Unbill eine unparteiliche Lösung dieser Frage, welche nicht einseitig von radicaler Seite beantwortet werden kann, zu verhindern scheint.

Die Arbeiten des Landtages.

Der Kaiser hat gestern das Präsidium des Abgeordnetenhauses empfangen und dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Landtag seine Arbeiten möglichst rasch erledigen werde. Schon

Gerechtigkeit zur Geltung zu bringen, sein Jörn, sein Hof in völliger Schrankenlosigkeit, sondern ebenso kennt sein Schweben im Gefühl keine Grenzen. Das Uebermaß der Sentimentalität, welches ja im Wesentlichen der Zeit jener Dichtung lag, wirkt heute auf den Zuhörer befremdend. Wir werden es daher nicht als einen Mangel empfinden, wenn in dem Karl der Hr. Mathowsky eigentliche Sentimentalität nirgend annehmbar ist, sondern das Gefühl, dem es ja an Ausdruck nicht fehlte, in jener Zurückhaltung gegeben wird, die man heute auch im Leben als das richtige Maß betrachtet. Daß der Gast wieder mächtig auf das Publikum wirkte und wahrhaft stürmischen Beifall immer wieder erregte, bedarf kaum noch der Erwähnung.

Was die übrige Darstellung betrifft, so werden wir uns mit der zweiten Hauptpartie des Drama etwas eingehender zu beschäftigen haben. Amalia wurde von Frau Brück mit vollem Verständnis ihrer Aufgabe und mit der nöthigen Wärme der Empfindung gespielt. Der Herrmann des Herrn Stein war tadelloß, eine rechte Darstellung im großen Stil; auch Herr Remond verdiente den lebhaften Beifall, den er als Raskin mit dem schwungvollen Vortrag seiner Lebensgeschichte erzielte. Hr. Kraft verdiente als Vater Moor im allgemeinen Anerkennung, ebenso in der bescheidenen Partie des Daniel Herr Kroll. Herr

darin kann man einen Beweis sehen, daß die Einkommensteuerreform, welche der Thronrede zufolge vorbereitet wird, den Landtag in dieser Session nicht mehr beschäftigen wird. Ueber die Richtung, in welcher sich diese Reform bewegen soll, hat sich Minister v. Scholz in seiner Budgetrede nicht ausgesprochen; in dieser Rede findet sich nur eine Andeutung dahin, daß die lex Suene betreffend die Ueberweisungen an die Arelse aus den Einnahmen aus den Getreide- und Viehhöfen in naher Zeit aufgehoben werden solle. Herr v. Scholz meinte, wenn in den nächsten Jahren bessere Ernten eintreten, würde bald die Zeit wiederkommen, wo die Ueberweisungen an die Arelse hinter dem Staatsanfang zurückblieben, vorausgesetzt, fügte er hinzu, daß wir überhaupt dann noch mit diesen gesetzlichen Vorschriften unverändert zu rechnen haben. Bekanntlich nahm der in der letzten Session eingebrachte Antrag Suene wegen der Ueberweisung der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer an die Arelse die Aufhebung der früheren lex Suene in Aussicht. Weshalb die Arbeiten des eben zusammengetretenen Landtages so sehr beschleunigt werden sollen, darüber hat sich der Kaiser, wie es scheint, dem Präsidium gegenüber nicht ausgesprochen. Die Vermuthung liegt nahe, daß der Landtag baldmöglichst, d. h. sobald der Etat erledigt ist, dem neuen Reichstage Platz machen soll; von dringlichen Aufgaben für den neugewählten Reichstag ist bisher nichts bekannt geworden, aber es liegt auf der Hand, daß die Regierung noch andere Gründe haben muß, als die Erhöhung der Beamtenbesoldungen und die Bewilligung neuer Mittel für die Expedition Wischmann. Auch wenn die Absicht bestände, eine Vereinbarung über das Sociallohnengesetz erst mit dem neuen Reichstage herbeizuführen, würde darin keine ausreichende Erklärung für die außerordentliche Beschleunigung der Landtagsarbeiten liegen, da das bestehende Gesetz noch bis Ende September in Kraft bleibt.

Zur Frage der Erhöhung der Beamtengehälter

schreibt unser Berliner Correspondent: Aus dem Umfange, daß Finanzminister v. Scholz in seiner Budgetrede die im Etat der Eisenbahnverwaltung beantragten Gehaltserhöhungen, für welche noch über 7 Millionen Mk. in Anspruch genommen werden, nicht erwähnt hat, ist ersichtlich, daß der Schluß gezogen worden, daß der Finanzminister von diesen Vorschlägen des Herrn v. Baumbach keine Kenntniß gehabt habe. Das ist indessen wohl nicht zutreffend. Vielmehr liegt eine Aufklärung des Schweigens des Finanzministers darin, daß bei den im Eisenbahnetat in Aussicht genommenen Gehaltserhöhungen die einer Theuerungszulage am meisten bedürftigen Beamtenkategorien nicht berücksichtigt sind. Umgekehrt aber wird man aus dem Schweigen des Finanzministers über die Gehaltserhöhungen im Eisenbahnetat den Schluß ziehen dürfen, daß bei der Aufstellung des Etats an eine Erhöhung der Gehälter der unteren und mittleren Beamtenkategorien noch nicht gedacht wurde. Die Entschleunigungen der Regierung in dieser Richtung sind zweifellos erst in Folge der von freisinniger Seite im Reichstage eingebrachten Anträge geschehen. Dieser Sachverhalt würde sofort in die Augen gesprungen sein, wenn Herr v. Scholz in seiner Etatsrede auf die vermittelten Erhöhungen im Eisenbahnetat hingewiesen hätte.

Wie wenig man in Regierungskreisen an allgemeine Gehaltserhöhungen gedacht hat, ehe die Sache im Reichstage zur Sprache gebracht wurde, ergiebt sich schon daraus, daß Staatssecretär v. Stephan noch am 11. December vorigen Jahres, als die Anträge Baumbach-Ginger im Plenum zur Berathung kamen, dieselben dem Bemerkungen bekämpfte, daß z. B. die Finanzlage zu ungünstig sei.

Bergarbeiterbewegung.

Der Verbandsvorstand der bergmännischen Interessen in Rheinland und Westfalen hat, wie aus Essen von gestern telegraphisch gemeldet wird, an den Verein für bergbauliche Interessen unter dem 13. Januar fünf Forderungen gestellt, die bis zum 1. Februar angenommen sein müssen. Wie die „Rhein.-Westf. Ztg.“ bestätigt, sind dieselben: 1. Lohnerhöhung von 50 Proc., 2. Verminderung

Weidlich gab vieles Einzelne als Ganzes durchaus richtig und wirksam, im Ganzen aber stimmen wir mit seiner Behandlung der Partie nicht überein, und zwar weil sie uns mehr nach der wirkungsvollen Ausführung der Einzelheiten, als nach der einheitlichen Durchführung des Ganzen eingerichtet zu sein schien. Franz ist wohl mit Jago und Richard III. verwandt, aber doch ein von beiden scharf zu unterscheidender Charakter. Er hat nicht die teuflische Lust am Bösen, die dem ersteren eigenthümlich ist, und von letzterem unterscheidet ihn die Feigheit, die ein Grundzug seines Wesens ist. Wir dürfen den seligen Schiller in Franz nicht erkennen; nur zweimal — im Weinrausch Amalien gegenüber und dann gegenüber Hermann, den er irrthümlich für einen wehrlosen Sklaven seines Willens hält — wird er brutal, um aber sofort wieder sich auf sein eigentliches Wesen, die Feigheit, zurückzuziehen. Der grelle Jubel, in den gestern einige Male Franz ausbrach, scheint uns nicht im Charakter der Rolle zu liegen. Wir wiederholen, Herr Weidlich traf manches in seiner Partie sehr glücklich und mehrfach wurde ihm lebhafter Beifall und Vorwurf zu Theil.

Bekanntlich hat Schiller „die Räuber“ ursprünglich als ein in jener Zeit der Entstehung spielendes Stück geschrieben. Erst auf Andringen der Mannheimer Bühnenleitung verlegte er es

der Schichtbauer auf 8 Stunden incl. Ein- und Ausfahrt, 3. Wegfall jeder Aufforderung zu Ueber-schichten, 4. Wegfall sämtlicher Kohlenabzüge, 5. zweimalige Lohnzahlung in jedem Monate. Die Antwort hierauf wird bis zum 25. Januar erwartet. — Dasselbe Blatt veröffentlicht die Forderungen der Belegschaft von Zeche „Schlägel und Eisen“ mit ähnlichem Inhalt und Verlangen der Feststellung eines Minimallohnes für Hauer nicht unter 5 Mk., für Schlepper nicht unter 3 Mk. und für Pferdebesitzer nicht unter 2.50 Mk.

Sehr bedrohlich hat sich wiederum die Lage in Belgien gestaltet. Gestern früh ist aus Brüssel eine weitere Escadron reitender Jäger von Tournai nach Charleroi abgegangen, wo bereits am Sonnabend Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingetroffen sind. — Der belgische Ministerrath beschloß, in verschiedenen Garnisonen die Infanterie zu consigniren.

Der Wahlausruf der Freiconservativen.

Die freiconservative Partei des Reichstages hat einen Wahlausruf erlassen. Derselbe ist sehr lang und reich an schönen Redemendungen, aber arm an positivem Gehalt. Er beginnt mit den Worten: „Die deutsche Reichspartei hat seit ihrer Entstehung unentwegt festgehalten an der Unterstüßung der nationalen Politik der von dem Fürsten Bismarck beratenen deutschen Kaiser, deren Erfolge in der machtvollen Stellung unseres Vaterlandes und in der Aufrechterhaltung der Segnungen des Friedens jedermann vor Augen treten.“

Wir werden auch in der Folge unsere Aufgabe darin erkennen, durch den Zusammenfluß der conservativen und gemäßigt liberalen Elemente auf der Grundlage der gemeinsamen Stellung zu Kaiser und Reich diese nationale Politik kräftig zu fördern.“

Cartell- und Kanzlerpolitik soll demnach die erste Richtschnur für die Freiconservativen bleiben, was auch ganz natürlich ist bei einer Partei, welche von jeher die Partei Bismarck sans phrase am reinsten repräsentirt hat. Sodann verspricht der Ausruf, „die verfassungsmäßigen Rechte der verbündeten Regierungen und des Reichstages gleich gewissenhaft zu wahren und allen Bestrebungen auf Einführung der Parlamentsregierung ebenso entschieden entgegenzutreten, wie etwaigen Versuchen, die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes oder seiner Vertretung zu verkümmern.“ — Die Partei hört! ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Allerdings ist die freiconservative Partei stets wie von einer Tarantel gestochen aufgefahren, wenn sich etwas ereignet, was wie eine Stärkung der Parlamentsrechte aussehen konnte. Wenn es sich aber um den Schutz dieser Rechte gegen Verkümmern handelt, da sind gerade die Freiconservativen stets die allerleichen gewesen, auf welche Verlaß war, und so wird es sicher auch bleiben. Natürlich wollen die Freiconservativen „eine weite wirtschaftliche Befähigung mit dem Ziele des Schutzes der nationalen Arbeit“ weiter unterstützen. Aber es wird auch gleich zugegeben, daß dieselbe der Landwirthschaft den erwarteten Segen nicht gebracht hat, denn diese sowohl als das Handwerk nehmen „an der allgemeinen Hebung des Wohlstandes nicht Theil!“ Man will daher „insbesondere dem Bauernstande“ helfen und „dem Handwerker die sichere Grundlage wirtschaftlichen Gedeihens wieder verschaffen“, durch eine „vernünftige Ausgestaltung des Zinnungswesens“ und den „Ausschluß unbefähigter Elemente“ von der Ausübung des Handwerks. Was diese „Ausgestaltung“ bedeuten soll, darüber wird freilich nichts gesagt; es scheint hier aber eine bemerkenswerthe Annäherung an den Standpunkt des bekannten Jünflers Achermann vorzuliegen.

Der Ausruf verspricht sodann Eintreten für vermehrten Arbeiterschutz, obgleich eins der hervor-ragendsten Mitglieder der Partei, Baron Stumm-Neunkirchen, sich als einer der entschiedensten Gegner des vom Reichstage beschlossenen Arbeiterschutzgesetzes erwiesen hat, ferner für die Colonialpolitik, von welcher man sich „recht schwerer Ansätze reichen Segen“ verspricht, und sucht zum Schluß den Wählern etwas dange zu machen mit dem Hinweis auf „Gefahren nach Innen und Außen“, welche eine andere als die Cartellmehrheit mit sich bringen könnte. Ob die Freiconservativen wohl selber glauben, daß der Appell an die Furcht, die doch eigentlich „in

in eine ältere Zeit. Die Meininger sind nun zuerst auf den Gedanken gekommen, „die Räuber“ in dem Kostüm von 1781 darzustellen, einige Bühnen auch ihnen darin nachgefolgt und gestern auch die unsrige. Eine besondere Wirkung können wir dieser Veränderung in den Trachten nicht zuschreiben. Für die erste Aufführung des Stückes in Mannheim machte es natürlich einen großen Unterschied, ob man es in der Gegenwart spielen ließ oder in eine längst vergangene Zeit verlegte. Heute aber ist uns das Kostüm der Zeitgenossen Friedrichs II. ebenso fremd, wie das des 17. oder 18. Jahrhunderts. Aber eine zweite Aenderung haben wir bei der gefrigen Darstellung anzuerkennen. Zum ersten Male haben wir hier die beiden ersten Scenen des 4. Actes spielen sehen, die zum Verständnis der folgenden Scenen eigentlich nicht zu entbehren sind. Es ist das Erscheinen des Räubers Moor in seinem väterlichen Schlosse in der Verkleidung eines mecklenburgischen Grafen und die darauf folgende Scene mit Amalie in der Ahnengalerie. Beide Scenen sind zugleich höchst wirksam und die erste enthält einen Monolog Karls, der in seiner mannigfaltig wechselnden Stimmung Herrn Mathowsky Gelegenheit zu einer höchst interessanten Leistung bot.

keiner deutschen Brust" Platz finden sollte, wieder helfen wird?

Der interessanteste und wichtigste Passus in dem ganzen langwierigen Aufsatze ist der auf die Steuerfrage bezügliche.

Bei Beratung des Brannweinsteuergesetzes haben die Redner sowohl der konservativen, als auch der nationalliberalen Parteien erklärt, daß die Einnahmen aus dem neuen Brannweinsteuergesetz vorzugsweise dazu dienen sollten, das Invaliditätsgesetz durchzuführen. Noch im Oktober 1889 erklärte der nationalliberale Abgeordnete Dr. Meyer (Jena) auf dem Parteitag in Coburg Folgendes:

„Wir sind durch diese Steuerbewilligungen (Zucker- und Brannweinsteuer) in die glückliche Lage gekommen, daß wir alle Bedürfnisse des Reiches, die in absehbarer Zeit auftreten werden, befriedigen können. Insbesondere auch die bedeutenden Ausgaben, die dem Reiche demnächst aus der Invaliden- und Altersversicherung erwachsen werden, so daß nach der Durchführung dieses Gesetzes eine Erhebung neuer Steuern nicht notwendig werden wird. Und abgesehen davon, daß das Reich seine Bedürfnisse selbst aus diesen Steuern befriedigen kann, wird es möglich sein, auch künftighin noch erhebliche Summen aus diesen Steuern den Einzelstaaten zu überweisen und denselben die Möglichkeit zu geben, diese Summen zu verwenden im Interesse der Landeskultur und derjenigen Bedürfnisse, die innerhalb des Landes auftreten.“

Jetzt heißt es in dem soeben erschienenen Aufsatze der konservativen Partei:

„Die Mittel zur Deckung der aus der Alters- und Invalidenversicherung in Aussicht stehenden Mehrausgaben, sowie die Mittel zur Erhöhung unzureichender Beamtengehälter werden ohne Belastung der produktiven Gewerbe und der minder Bemittelten durch stärkere Heranziehung der vermögenskräftigeren Bevölkerungsschichten, namentlich des mobilen Kapitals, zu beschaffen sein.“

Mit anderen Worten wird hiermit in dem Wahlausatz dieser Partei offen zugestanden, daß die Brannweinsteuer, wenn es an die Durchführung des Invaliditätsgesetzes herangeht, bereits für andere Ausgaben verwendet sein wird. Es soll dann wieder eine neue Steuererhöhung eintreten, ohne daß die durch die Lebensmittelpreise stark belasteten ärmeren Klassen eine Entlastung erfahren. Offener und deutlicher kann man doch nicht zugestehen, daß die bisherige Steuerpolitik im Reiche allen konstitutionellen Begriffen widerspricht. Man bewilligt eine große Summe neuer Steuern, ohne zu wissen, zu welchen Zwecken. In keinem Lande ist ein solches Verfahren üblich. Dort werden Steuern nur bewilligt für ganz bestimmte, bereits fest in Aussicht genommene und speziell benannte Zwecke. Bei uns ist das leider anders. Wann wird wohl in dieser Beziehung Wandel eintreten?

Die Londoner Zuckerconvention.

Aus der Budgetrede des Finanzministers v. Scholz ist u. a. auch ersichtlich, daß die Regierung die Hoffnung auf das Zustandekommen der Londoner Zuckerconvention behufs völliger Befreiung der Ausfuhrprämien noch nicht aufgegeben hat. Herr v. Scholz ließ sogar durchblicken, daß Deutschland bereit sei, die Convention auch dann zur Durchführung zu bringen, wenn die eine oder andere der beim Abschluß beteiligten Regierungen die Ratifizierung verweigere. Selbstverständlich ist dieser Plan nur dann ausführbar, wenn wenigstens England oder vielmehr das englische Parlament der Convention zustimmt. Auffälligerweise ist bisher dem Unterhause die in der vorigen Session zurückgelegene Vorlage noch nicht wieder zugegangen.

Ergebnisse der Domänenverpachtung.

Einen einigermaßen sicheren Anhalt für die Höhe der Bodenkultur und die Beschaffenheit des Bodens selbst geben die Einnahmen, welche für die Domänenverpächter im Rechnungsjahre 1890/91 für 1 Hectar in Ansatz gebracht worden sind. Der Gesamtdurchschnitt für die Domänenverpächter aller 26 Bezirke, über welche die Nachweisung sich erstreckt, beträgt 41,17 Mk. für 1 Hectar. Nur 10 Bezirke stehen über diesem Durchschnitt, und zwar obenan Magdeburg mit 91,80 Mk., Merseburg mit 75,63 Mk., Schleswig-Holstein (Provinz) mit 72,68 Mk., Hannover mit 68,32 Mk., Aachen mit 67,16 Mk., Silbeseheim mit 58,09 Mk., Wiesbaden mit 50,90 Mk., Kassel mit 48,18 Mk., Breslau mit 45,19 Mk. und Cöln mit 42,50 Mk. Unter dem Durchschnitt stehen folgende Bezirke: Erfurt mit 39,20 Mk., Frankfurt a. O. mit 37,69 Mk., Stade mit 36,73 Mk., Opper mit 35,65 Mk., Cüternburg mit 32,02 Mk., Potsdam mit 30,59 Mk., Danzig mit 30,15 Mk., Straßburg mit 29,78 Mk., Steinfurt mit 28,31 Mk., Marienwerder mit 27,60 Mk., Königsberg mit 24,48 Mk., Aachen mit 23,07 Mk., Posen mit 20,62 Mk., Bromberg mit 20,26 Mk., Minden mit 19,04 Mk. und endlich Gumbinnen mit 17,70 Mk. Einnahme von 1 Hectar.

Die dem Abgeordnetenhaus zugegangene Nachweisung über die Ergebnisse der anderweitigen Verpachtung der 1889 pachtlos gewordenen Domänenverpächter bezieht sich nur auf die Provinzen Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Sachsen, Hannover, Hessen-Nassau und ergibt im ganzen, daß 6581 Hectar neu verpachtet worden sind. Dafür betrug der bisherige Etatsmäßige Pachtzins 361 256 Mk. Der neu vereinbarte Pachtzins beträgt (obgleich sich der Flächeninhalt um 50 Hectar vermindert hat) 378 047 Mk. (einschließlich der Jagdpacht). Es ist demnach ein Mehr von 16 790 Mk. erzielt worden. In Westpreußen und Brandenburg ist weniger, in Pommern mehr, in Hessen-Nassau weniger als bisher erzielt worden.

Der Herzog von Aosta,

der Bruder des Königs Humbert von Italien, der ehemalige König von Spanien, ist seiner Lungenentzündung, die von der Influenza ausgegangen war, am Sonnabend Abend, kurz vor 7 Uhr, erlegen.

Ferdinand Maria Amadeus, Herzog von Aosta, war geboren am 30. Mai 1845 als der zweite Sohn des nachmaligen Königs Victor Emanuel von Italien, erhielt den Titel eines Herzogs von Aosta und verlebte seine Jugend in Turin. Schon im Jahre von 1859 gegen Österreich gehörte er dem sardinischen Heere an, kämpfte im Feldzuge von 1866 mit und wurde bei Custoza leicht verwundet. Später widmete er sich dem Gewerbe und erhielt den Rang eines Contreadmirals. Am 30. Mai 1887 vermählte er sich mit Prinzessin Maria (geb. 8. August 1847), Tochter des Fürsten Emanuel del Dongo della Cisterna (gestorben 1884) aus dessen Ehe mit Luise Karoline Chislaine, geborenen Gräfin Marob (gestorben 1883). Als nach dem Sturze der bourbonischen Dynastie im September 1868 verschiedene Throncandidate keinen Erfolg gehabt, wurde Amadeus von den Cortes 16. November 1870

gewählt, und 4. Dezember erfolgte im Palast Pitti zu Florenz die Unterzeichnung der Akte, in welcher Amadeus die Krone als König Amadeus I. annahm. Amadeus trat am 2. Januar 1871 in Madrid ein, nachdem wenige Tage vorher General Prim, der ihm allein eine kräftige Stütze hätte gewähren können, von Mörderhänden gefallen war. Er versuchte vergeblich geordnete Zustände im Lande herzustellen, indem er nachherhin die Führer der verschiedenen monarchischen Parteien an das Staatsruder rief; sie erwiesen sich sämtlich gleich unfähig, sein schwankendes Königthum zu stützen. Nachdem Amadeus in der Nacht vom 18. zum 19. Juli 1872 mit der Königin Maria in Madrid das Ziel eines Mordversuchs gewesen war, verließen ihn Partei- und Hofintrigen, das Unschickliche des Carlismasuffandes, Umtriebe des Clerus, fortwährende Gelmuth und die Ueberzeugung, daß eine fremde Dynastie in Spanien nicht Wurzel schlagen könne, die Krone freiwillig niederzulegen. Er theilte diesen Entschluß am 11. Februar 1873 den Cortes mit, verließ am 12. Februar mit der Königin die Hauptstadt und begab sich zunächst nach Giffabon, kehrte am 2. März nach Italien zurück und landete am 8. März in Genua. Beim Betreten des italienischen Bodens legte er der Königin nieder. Der König Victor Emanuel ernannte Amadeus zum italienischen Generalleutnant und annullirte die von demselben bei Annahme der spanischen Krone ausgestellte Verpflichtung auf seine eventuellen italienischen Thronrechte. Seine Gemahlin Maria starb am 8. November 1876 zu San Remo. Aus ihrer Ehe stammen: Prinz Emanuel, geb. 13. Jan. 1869, Prinz Victor, geboren 24. November 1870, Prinz Ludwig, geboren 31. Januar 1873. Zum zweiten Male vermählte er sich am 11. September 1888 mit seiner Nichte Prinzessin Bonaparte, der am 20. Dezember 1866 in Paris geborenen Tochter des Prinzen Napoleon und der Prinzessin Clotilde von Savoyen. Die 23jährige Herzogin-Witwe steht in einigen Monaten ihrer zweiten Niederkunft entgegen.

König Humbert telegraphirte dem Ministerpräsidenten Crispi die Nachricht vom Ableben des Herzogs von Aosta mit folgenden Worten: „Mein geliebter Bruder ist um 6 Uhr 45 Minuten verstorben; seine letzten Worte gaben dem Vaterlande und der Armee, indem er sagte, daß er sie mit heftiger Liebe geliebt habe und nur deshalb bedaure, so frühzeitig zu sterben, weil er ihnen nicht mehr werden können. Ich drücke Ihnen schmerzhaft die Hand. Ihr wohlgeleiteter Humbert.“

Auch dem Bürgermeister und dem Präfecten von Turin gegenüber äußerte der König, er habe in dem Herzog von Aosta seine theuerste und stärkste Stütze, einen sicheren, ihm ergebenen Rathgeber verloren, vor dem sein Herz keine Geheimnisse hatte.

Das Hofmeisteramt des Herzogs von Aosta zeigte das Ableben des Herzogs sämtlichen Höfen an. Der Herzog und die Herzogin von Genua kehrten eine halbe Stunde nach eingetretener Nacht in ihr Palais zurück, nur der König blieb bei der Witwe und den Kindern des Herzogs.

Aus allen Theilen Italiens treffen Beileidsbekundungen der Municipalräthe an den Gemeinderath von Turin ein.

Der Papst hat der Herzogin von Aosta telegraphisch sein Beileid anlässlich des Ablebens des Herzogs ausgesprochen. — Die Municipalitäten von Rom und Turin veröffentlichten Trauermanifeste. Für die Armee ist wegen des Ablebens des Herzogs von Aosta eine sechsmonatliche Trauer angeordnet. In allen Städten Italiens sind die Theater geschlossen. Ministerpräsident Crispi und der Senatspräsident Forini sind zur amtlichen Aufnahme des Todesfalles nach Turin abgereist. Von den Mitgliedern der portugiesischen Königsfamilie wird nur der Herzog von Oporto in Turin erwartet, da die Königin-Witwe Maria Pia, die Schwester des verstorbenen, wegen ihres Gesundheitszustandes und auf Anraten der Aerzte die Reise aufgegeben hat. — Alle Zeitungen, ohne Unterschied der Partei, gedenken des verstorbenen Prinzen in überaus warmen, anerkennenden Worten. — In Florenz ist die Enthüllung des Denkmals Daniele Manins wegen der Trauer verschoben worden.

Von heute wird über den Todesfall noch telegraphirt: Turin, 20. Januar. (W. L.) Die Beisetzung des Herzogs von Aosta findet Mittwoch statt.

Schluss der deutsch-tschechischen Ausgleichs-Conferenz.

In der gestrigen Sitzung der Ausgleichs-Conferenz wurden einem Wiener Telegramm zufolge die bisher getroffenen Vereinbarungen in protokollarische Form gebracht. Das Protokoll wurde von den Mitgliedern der Konferenz unterzeichnet. Ministerpräsident Graf Taaffe dankte sämtlichen Theilnehmern, insbesondere dem Fürsten Schönburg, in warmen Worten für ihre Mitwirkung und erklärte die Konferenz für geschlossen. Die Mittheilung der Vereinbarungen an die in der Konferenz vertretenen Landtagsclubs erfolgt am 26. d. in Prag, die Veröffentlichung durch die Blätter am 27. Januar.

Wie das „Telegraphen-Correspondenz-Bureau“ vernimmt, wurde der verträge böhmische Landtag zum 23. Januar behufs Wiederaufnahme seiner Thätigkeit einberufen.

Einen eigenthümlichen Vorschlag in der englisch-portugiesischen Angelegenheit, nämlich England möge sich zum Mandatar Portugals machen, macht die „Ball Mail Gazette“. Die Autorität der portugiesischen Regierung über ihre Angelegenheiten in Südamerika möchte sich als ebenso unzureichend erweisen, als die der Pforte über Arabi. Die Absendung unserer Kriegsschiffe nach der Delagoa Bai und Aullimane wird wahrscheinlich genügen, um die Autorität der Lissaboner Regierung über ihre trotigen Vertreter wiederherzustellen. Aber niemand muß sich einbilden, daß die in Südost-Afrika allenfalls nöthigen Operationen der portugiesischen Regierung feindlich sind. Im Gegentheil, wie Gladstone Alexandrien bombardirte und Cairo besetzte, um die Autorität des Aheblons wieder herzustellen und die Souveränität des Sultans zu wahren, so könnte Lord Salisbury die Delagoa Bai und Aullimane besetzen und verwalten als der unformelle aber praktische Mandatar des Lissaboner Cabinets. Wir werden keinen Schuß abfeuern und keine Marineposten landen anders als der Verbündete des Königs Carlos.“

Bankgesetz in Brasilien.

Wie aus Rio de Janeiro vom 19. Januar gemeldet wird, ist durch einen Regierungserlass vom 17. d. ein neues Bankgesetz eingeführt worden, nach welchem in Zukunft drei Banken mit dem Privileg der Notenausgabe versehen sollen. Das autorisirte Gesamtkapital beträgt 50 Millionen Pfd. Sterl. Das Land wird zu dem Behufe in drei Districte eingetheilt, und der Notenumlauf jeder Bank auf den ihr zugewiesenen District beschränkt. Zehn Procent des Reinertrages der Banken sollen auf die Tilgung des Kapitals verwendet werden.

Reichstag.

46. Sitzung vom 18. Januar.

Der Abg. Biegler (nat.-lib.) ist gestorben; das Haus ehrt sein Andenken in der üblichen Weise.

Abschluss der zweiten Lesung des Etats für 1890/91. Die Kapitel Matricularbeiträge und außerordentliche Deckungsmittel werden ohne Debatte erledigt.

Es folgt das Etatsgesetz.

Ref. v. Huene führt aus, daß in der Commission darüber verhandelt sei, ob man nicht Ausgaben, welche auf die Anleihe angewiesen sind, auf die ordentlichen laufenden Einnahmen übernehmen könne. Von den einmaligen Ausgaben sind 7 1/2 Millionen getrichen worden, und ein Mitglied bestritt, dieser Streichung entsprechend die Anleihe zu ermäßigen. Man einigte sich schließlich darüber, die 2 800 000 Mk., welche für Ertrag der untergegangenen „Eber“ und „Adler“ notwendig sind, auf die fortlaufenden Einnahmen zu übernehmen. Da aber der Marine-Etat bereits erledigt ist, so werden die Mitglieder der Commission bei der dritten Lesung diese Änderung beantragen.

Die Abgg. Kalle (nat.-lib.) und v. Bennigsen (nat.-lib.) sprechen für den Grundsatz, größere Beträge auf die ordentlichen Ausgaben zu übernehmen, statt sie durch Anleihen zu decken.

Abg. Rickert: Ich will auf die Sache nicht näher eingehen, weil für die dritte Lesung ein Antrag angekündigt ist; ich möchte nur Verwahrung dagegen einlegen, als ob aus dem Verlauf der heutigen Debatte irgend ein Zugeständniß hergeleitet werden könnte.

Das Etatsgesetz wird darauf angenommen. Der Etat balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 1 192 749 286 Mk. Die ordentlichen Ausgaben betragen 852 151 865 Mk., die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats belaufen sich auf 71 190 368, die des außerordentlichen Etats auf 269 407 053 Mk.

Es folgt die dritte Beratung des von dem Abg. v. Huene eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Wehrpflicht der Geistlichen. Danach sollen Theologie-Studierende auf ihren Antrag in Friedenszeiten bis zum 1. April des siebenten Militärdienstjahres zurückgestellt werden. Sind sie bis dahin Predigamtscandidaten geworden, resp. haben sie die Subdiakonatseweihe empfangen, so sollen sie auf ihren Antrag der Ersatzreserve überwiesen und von Übungen befreit werden. — Die Abgg. v. Alst-Neuow und v. Rasdorf wollen diese Bestimmungen auf die katholischen Theologen beschränkt sehen, der Abg. v. Alst-Neuow beantragt außerdem, den Reichskanzler zu ersuchen, herbeizuführen zu wollen, daß die Theologiestudierenden die Abolition ihrer einjährigfreiwilligen Militärvpflicht auf ihren Antrag nach halbjährigem Dienst mit der Waffe das zweite Halbjahr in der Krankenpflege dienen.

Abg. v. Huene verwahrt seinen Antrag gegen den ihm in der Presse gemachten Vorwurf, daß er der Ehre des geistlichen Standes zu nahe trete. Die Wohlthat dieses Gesetzes solle niemand aufgreifen werden; wer dienen wolle, dem solle es freistehen, ins Heer einzutreten. Er wisse, daß auch vielfach von evangelischen Geistlichen die Befreiung vom activen Militärdienst gewünscht werde; wenn sie von diesem Gesetz ausgeschlossen werden sollten, würde er dies bedauern. Abg. v. Alst-Neuow (conf.): Die evangelischen Geistlichen bilden keinen besonderen Stand, sie wollen von der Wehrpflicht nicht befreit sein. Ich will der katholischen Kirche gern entgegenkommen und hoffe, daß die Herren vom Centrum für meine Resolution stimmen werden.

Abg. Unneckerus (nat.-lib.): Die Wehrpflicht ist die höchste Pflicht des Staatsbürgers und es besteht kein Grund, die Geistlichen davon zu befreien. Der Antrag stellt den jungen Geistlichen vor einen Widerspruch der Pflichten. Er soll sich entscheiden, ob er das Jahr abdiene und damit die erheblichen, während dieses Jahres ihm erwachenden Ausgaben tragen will. Wenn er nicht, kommt er seinen Altersgenossen gegenüber um ein Jahr zurück. Soll er seiner Pflicht gegenüber dem Vaterlande genügen oder soll er sich die Vorteile, welche ihm aus der Befreiung derselben erwachsen, aneignen? Vor einem solchen Widerspruch der Pflichten sollte man solche jungen Leute nicht stellen. Ich bitte Sie, sämtliche Anträge abzulehnen, auch diejenigen, welche nur die katholischen Theologen von der Wehrpflicht befreien wollen.

Abg. Nobbe (Reichsp.): Für die evangelischen Theologen ist eine Befreiung der Geistlichen von der Dienstpflicht nicht notwendig und wird nicht verlangt, aber ich bin bereit, den Katholiken das zu gewähren, was sie für sich verlangen. Der Antrag des Hrn. v. Alst, die evangelischen Theologen auf ihren Antrag das zweite halbe Jahr in der Krankenpflege dienen zu lassen, erscheint mir noch nicht spruchreif, da die Militärverwaltung sich noch nicht darüber geäußert hat, ob ein Bedürfnis dafür vorhanden ist. Beim Mediziner ist es etwas anderes, der bleibt beim Casartheilstand in seinem Beruf, der Theologe nicht.

Abg. Baumbach (frei.) erklärt sich für den Antrag Huene, soweit er sich auf die katholischen Geistlichen bezieht; die Katholiken billigen den Antrag, der dem Dogma der katholischen Kirche entspricht. Deswegen kann ich mich dem Antrage nicht widersetzen. Den evangelischen Geistlichen die Dienstfreiheit aufzubringen, liegt kein Grund vor.

Der Antrag v. Huene wird mit 121 gegen 89 Stimmen abgelehnt. Für denselben stimmen das Centrum, die Welsen, die Polen, ferner von den Deutschconferwativen die Abgg. Prinz Hohenlohe, v. Colmar und Prinz Handjery, von der Reichspartei der Herzog von Ratibor, Fürst Hatzfeldt und Fürst Carolath, ferner einige Freisinnige, der Demokrat Arber und der Socialdemokrat Gieger.

Der Antrag Nobbe-Alst-Neuow wird darauf mit großer Mehrheit angenommen, ebenso die Resolution v. Alst-Neuow, wonach die Theologen nur ein halbes Jahr unter der Waffe, das zweite halbe Jahr im Casartheil dienen sollen.

Der vom Abg. Windthorst eingebrachte Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung des Gesetzes über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern vom 4. Mai 1874 (des sog. Expatirungsgesetzes) wird in dritter Beratung ohne Debatte definitiv angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des von dem Abg. Windthorst eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Ausdehnung der Bestimmungen der Congoakte über die freie Ausübung der Culte auf die deutschen Schutzgebiete. — Hierzu beantragt Abg. Stöcker:

„unter Ablehnung des Antrages Dr. Windthorst die verbündeten Regierungen zu ersuchen, Maßregeln zu treffen, durch welche bei Festhaltung des Grundgesetzes der Parität das gleichzeitige Wirken von Missionaren verschiedener Confession in denselben Bezirken möglichst verhütet wird.“

Abg. Rulmann (n.-l.): Der Antrag Windthorst in der vorliegenden Fassung könnte Folgen haben, die weit über das Ziel hinausgehen, das derselbe erstrebt; z. B. würden Culte auch der extremsten Art dadurch geschützt werden. Es ist mir deshalb unmöglich, diese Bestimmung zu vertreten. Der Antrag Stöcker ist gerechtfertigt und wünschenswerth.

Abg. Stöcker (conf.): Aus der Geschichte des Congoaktes geht hervor, daß in dem Congogebiete auf der Ostküste die Freiheit der Mission genossen wird. Dieser Umstand müßte das Centrum überzeugen, daß derselbe auch das deutsche Reich nicht übertragbar ist. Es scheint mir unmöglich, daß sich das Centrum zum Vertheiliger von türkischen und mohamedanischen Interessen machen will. Es ist etwas anderes, islamische Mission zu dulden, als sie direct in unsere Gebiete einzulassen. Das letztere würde mir als eine Art von Selbstmord vorkommen.

Abg. Windthorst: Ich bin überzeugt, daß wir den Islam in Bezug auf die Ausbreitung des Glaubens nicht zu fürchten haben. Erfüllen wir aber nicht die Congoakte im afrikanischen Gebiete, so könnte und würde die Türkei einen großen Theil unserer Missionen aus dem türkischen Reich hinauswerfen, was sie bis-

her nicht gethan hat. Der Antrag Stöcker ist unzulässig für beide Confessionen. Die katholische Kirche sowohl wie die evangelische glaubt im Besitz der vollen geoffenbarten Wahrheit zu sein. In diesem Sinne hat sie die Pflicht, ihre Lehre überall zu verbreiten, ohne Grenze und Schranken.

Abg. Strackmann (n.-l.): Für jedes neue Gesetz soll doch zunächst ein Bedürfnis vorliegen. Wo ist aber ein Bedürfnis für dieses Gesetz? Der Hr. Staatssecretär hat herabgesetzt erklärt, daß die freie Religionsübung in den Schutzgebieten durchaus nicht behindert ist. In keinem anderen Lande ist bisher der betreffende Paragraph der Congoakte zum Gesetz erhoben worden. In der Congoakte muß stehen, daß jedem freie Religionsübung gesichert ist; warum sollen wir aber das in unsere Gesetzgebung aufnehmen?

Nachdem die Abgg. Stöcker und Windthorst für ihre Anträge noch einmal das Wort ergriffen, werden beide abgelehnt. Für den Antrag Windthorst stimmen das Centrum, die Freisinnigen, die Polen und einige Conservative, für den Antrag Stöcker die Conservativen, die Mehrheit der Reichspartei und einige Nationalliberalen.

Es folgt die dritte Lesung des von dem Abg. Achermann u. Gen. (conf.) bzw. Alst-Neuow u. Gen. (Centr.) übereinstimmend beantragten Gesetzentwurfs über die Einführung des Befähigungsnachweises für die Handwerker.

Abg. Duvigneau (nat.-l.): Wir bedauern, daß nicht der Theil der Anträge angenommen ist, für den wir auch gestimmt hätten: der Befähigungsnachweis für Bauhandwerker. Wir wollen nicht die angeliebte gute alte Zeit zurückkehren sehen, sondern mit der heutigen Zeit fortschreiten, die freien Innungen und freien Genossenschaften unterstützen, und wir halten uns so für die wahren Freunde der Handwerker, wenn wir auch in der Minorität bleiben.

Abg. Grillenberger (Soc.): Die Zünftler sind nur die Prohen unter den Handwerkern, die viel reden, aber den Kampf mit dem Großkapital doch nicht aufnehmen können. Hr. Achermann sagt, die Socialdemokraten seien naturgemäß die Feinde des Handwerks. Gerade umgekehrt ist es, die heutige Production vernichtet das Handwerk, und wir machen die Handwerker darauf aufmerksam, wie es kommen muß. Die kleinen Handwerker bekehren sich immer mehr zu uns und wollen vom Innungswesen nichts mehr wissen.

Die einzelnen Paragraphen werden darauf gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freisinnigen und Socialdemokraten, mit denen von der Reichspartei die Abgg. Ampach, Fürst Hatzfeldt, Fürst Carolath, Graf Behr, Merbach, Schulz-Lupitz, v. Stumm und Nobbe stimmen, angenommen.

Ehe das Haus zur Schlussabstimmung kommt, bezieht Abg. Arber (Volksp.) die Befähigungsfähigkeit des Hauses. Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 188 Abgeordneten, also die Beschlussunfähigkeit des Hauses.

Der Präsident setzt die nächste Sitzung auf Montag an und stellt auf die Tagesordnung die zweite Beratung der Postdampfervorlage und kleinere Vorlagen. Auf eine Anfrage des Abg. Windthorst erklärt derselbe, daß nach Erledigung dieser Tagesordnung die dritte Lesung des Etats und dann die zweite Beratung des Socialistengesetzes erfolgen solle.

Die Abgg. Windthorst und Rickert bitten, die dritte Lesung des Etats nicht auf Dienstag anzusetzen, wo im preussischen Abgeordnetenhaus die erste Lesung des Etats stattfindet.

Der Präsident sagt zu, diesem Wunsche Rechnung zu tragen, behält sich aber nähere Ermäßigung noch bis zur Feststellung der Tagesordnung für Dienstag vor.

Nächste Sitzung: Montag.

Deutschland.

„Berlin, 18. Januar. Die zahlreichen Unterbrechungen, welche der Eisenbahnbetrieb auf den Hauptverkehrsleitungen in den letzten Jahren durch Schneeverwehungen erlitten hat, und die damit verknüpften erheblichen Nachtheile aus es notwendig gemacht, im Etat für 1890/91 auf Einstellung der Mittel zu deren thunlichster Abhilfe Bedacht zu nehmen. Wenn auch unbedingt sichere Mittel zur gänzlichen Verhütung von Schneeverwehungen der Bahnen noch nicht gefunden sind, so sind doch die gegen solche Verwehungen, insbesondere auf den östlichen Bahnen, bereits in erheblichem Umfange angewendeten Vorkehrungen, wie Schneefrähmäße, Säune und Hecken, Abschaltungen der Einschnittsöffnungen u. s. w. von durchaus günstigem Erfolge gewesen. Es ist deshalb als geboten erschienen, auf den Hauptverkehrsleitungen diejenigen nach den bisherigen Beobachtungen der Schneeverwehungen ausgelegten Bahnstrecken, auf welchen Vorkehrungen hiergegen noch nicht zur Ausführung gebracht sind, in thunlichst kurzer Frist mit solchen zu versehen und die vorhandenen Vorkehrungen, soweit sie, aus der älteren Zeit stammend, sich nicht als ausreichend erwiesen haben, den neueren Erfahrungen entsprechend zu verbessern. Außerdem hat sich als empfehlenswert herausgestellt die Beschaffung von Schneeräumungsmaschinen neuerer Construction, wie sie in Amerika angewendet worden sind, um durch Versuche in größerem Maßstabe feststellen zu können, in wie weit unter den hiesigen, von den amerikanischen wesentlich abweichenden Verhältnissen die Maschinenkraft zur Befreiung entstandener Schneeverwehungen vorthellhaft verwendet werden kann. Für diesen Zweck ist deshalb unter den außerordentlichen Ausgaben des Eisenbahnetats für 1890/91 als erste Rate eine Summe von 700 000 Mark ausgetrahrt worden.

* [Der Kaiser] nahm am Freitag in der Zeit von 5 bis 6 Uhr wiederum Unterricht im Florettfechten.

* [Ueber das Testament der Kaiserin Augusta] theilt die „Post“ mit, Kaiser Wilhelm I. habe dem Prinzen Heinrich eine früher dem Großherzog von Baden gehörende, im Osten der Monarchie gelegene Herrschaft vermacht. Diesen Besitz hat die Kaiserin durch ein großes Kapitalvermächtniß vermehrt. In den größten Theil ihres sieben Millionen nicht übersteigenden Vermögens, wovon vier Millionen aus der Erbschaft Kaiser Wilhelms stammen, theilen sich die Großherzogin von Baden und Prinz Heinrich. Auch der Kaiser soll mit einem Vermächtniß bedacht worden sein. Dasjenige Kapital, welches der Kaiserin Augusta von ihrer Mutter, der Großherzogin Maria Paulowna, zukam, geht an das großherzogliche Haus von Sachsen zurück. Ihren Wohlthätigkeitsstift hat die Kaiserin durch große Legate an Wohlthätigkeitsanstalten aufs neue bewährt, ihre Dankbarkeit durch Vermächtnisse an ihr nahe stehende Personen. Ein großer Theil ihres Schatzes geht an den Kronfiskus. Die anderen kostbaren Güter gehen an einzelne weibliche Familienmitglieder. Das Palais unter den Linden bleibt nach den Bestimmungen des Kaisers mit seiner ganzen Einrichtung, Möbeln, Kunstgegenständen, vorläufig in demselben Zustande, wie es die Kaiserin bewohnt hatte. Auch der Wintergarten wird so erhalten, so daß das Ganze vorläufig als eine Stätte wehevoller Erinnerung dienen kann.

* [Beim Oberverwaltungsgericht] haben die Geschäfte, insbesondere die Spruchfachen derartig aufgenommen, daß sie von den gegenwärtigen Mitgliedern der Behörde nur mit erheblicher

Имен: А. В. Саженкина, помещенный на банкет.

